Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 20. 11. 2006

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3120, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

hier: Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Titelansatz für 30 04 632 12 (BAföG – Zuschüsse an Studierende) wird um 40 000 T Euro auf 538 000 T Euro erhöht.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass 40 Prozent eines Jahrgangs zukünftig ein Studium aufnehmen sollen. Bisher beträgt der Jahrgangsanteil nur 36 Prozent. Entscheidende Voraussetzungen für das Erreichen dieses Ziels sind die unterstützenden Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Die Studierendenquote wird jedoch nur steigen, wenn mehr junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten und der so genannten unteren Mittelschicht ein Studium aufnehmen. Insbesondere für viele junge studierwillige Menschen aus den neuen Bundesländern bzw. junge Menschen mit Migrationshintergrund ist die eigene finanzielle beziehungsweise die Situation ihrer Familie prekär. Diese Gruppen sind also auf eine Förderung nach dem BAföG angewiesen.

Vor dem Hintergrund, dass die Anpassung der Bedarfsätze und Freibeträge an die gestiegenen Lebenshaltungskosten letztmalig im Jahre 2001 erfolgte, er-

greift der Bundestag Maßnahmen, dass die Anzahl der dem Grunde nach zur Förderung berechtigten Studierenden wieder ansteigt. Der Bundestag erhöht den Titelansatz für 30 04 632 12 (BAföG – Zuschüsse an Studierende) um 40 Mio. Euro. Die Bedarfssätze und Freibeträge des BAföG werden den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst.